

Baden-Baden. Das Aus für Windkraftanlagen auf Baden-Badener Gemarkung ist so gut wie besiegelt: Der Bau- und Umlegungsausschuss sprach sich in seiner jüngsten Sitzung mehrheitlich bei einer Enthaltung und einer Nein-Stimme der SPD-Fraktion für den Vorschlag der Verwaltung aus, das Verfahren für den Teilflächennutzungsplan Windenergie nicht weiterzuführen. Zudem folgte das Gremium dem weitergehenden Antrag der CDU-Fraktion, künftig keine Windräder auf städtischen Flächen zuzulassen. Das letzte Wort hat nun der Gemeinderat am Montag, 25. September.

Bürgermeister Alexander Uhlig begründete diesen Schritt vor allem mit einer Stellungnahme, die zwischen dem baden-württembergischen Wirtschaftsministerium und dem Landesamt für Denkmalpflege abgestimmt sei. Demnach könnten Windräder auf dem Wettersberg Baden-Badens Bewerbung als Weltkulturerbe gefährden. Uhlig zufolge geht es mit dem Verzicht auf

Windräder darum, dieses Risiko auszuschließen. Klaus Bloedt-Werner (CDU) betonte, es sei zunächst sinnvoll gewesen, in die Planung einzusteigen. Inzwischen hätten sich jedoch die Fakten geändert. Die CDU habe immer deutlich gemacht, dass sie keine Windräder in Baden-Baden wolle. Er begrüßte das Umdenken in der Verwaltung.

Zustimmung gab es auch von den Grünen. Die Fraktionsvorsitzende Beate Böhlen knüpfte die Unterstützung jedoch an die Aufforderung, die Stadt müsse sich verpflichten, verstärkt auf erneuerbare Energien zu setzen. Sprecher der Freien Wähler, der Freien Bürger für Baden-Baden und der FDP bestärkten die Verwaltung in ihrer Haltung.

Kritik kam von der SPD. Sie monierte, die Stadt werde mit dem Verzicht auf Windräder ihrer Verantwortung nicht gerecht und verabschiede sich von ihren klimapolitischen Zielen.

Günter Seifermann (Grüne) forderte Bürgermeister Uhlig auf, dringend das Gespräch mit den Kommunen zu suchen, die auf den gemarkungsübergreifenden Flächen am Wettersberg und Hummelsberg Windräder planten.

Uhlig sagte zu, Kontakt aufzunehmen, zumal Windräder an diesen Standorten auch eine Gefahr für den Welterbe-Antrag der Stadt bedeuten könnten.

Michael Rudolphi

Windkraft-Ausstieg zeichnet sich ab

Bauausschuss spricht sich mehrheitlich für die Beendigung der Planung aus